

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 74 (1996)
Heft: 3

Artikel: Politik, Demokratie und neue Informationsmedien
Autor: Wirz, Felix
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341267>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politik, Demokratie und neue Informationsmedien

The Global Information Infrastructure offers instant communication to the great human family ... Let us build a global community in which the people of neighboring countries view each other not as potential enemies, but as potential partners, as members of the same family in the vast, increasingly interconnected human family.

US-Vizepräsident Al Gore am G7-Gipfel vom Februar 1995 in Brüssel

Braucht es lediglich Investitionen in ein Informationsnetz, mit Zugang in jede Wohnung, jedes Geschäft, jedes Labor, jeden Klassenraum und jede Bibliothek, wie dies Clinton und Gore in ihrem Wahlprogramm 1992 forderten, um eine friedliche Weltgemeinschaft zu schaffen? Oder

Felix Wirz

ist das Internet mit Informationsschrott angereichert und zur Verdrängung von Phantasie und Bücherkultur geeignet, wie dies der frustrierte Internet-Pionier Clifford Stoll im Buch «Die Wüste Internet» auf gut 300 Seiten ausbreitet?

Die gegenwärtige Euphorie rund ums Internet weckt in der Tat Erwartungen, die nur schwer zu erfüllen sind. Übertreibungen sollten uns aber nicht davon abhalten, das Potential von neuen Informationsmedien wie dem Internet zu erkennen. In diesem Sinne plädiere ich für eine nüchterne Auseinandersetzung, die Vorteile anerkennt, Probleme aber nicht ausblendet.

In der öffentlichen Diskussion stehen oft die technischen und wirtschaftlichen As-

pekte von neuen Informationsmedien im Vordergrund. Es scheint nur noch darum zu gehen, den Anschluss an den Ausbau des Information Superhighway (den wir besser mit «Informations-Hochleistungsnetz» übersetzten statt mit dem Begriff «Datenautobahn») ja nicht zu verpassen und Multimedia-Geräte auf den Markt zu bringen. Wenn wir eine demokratische Informationsgesellschaft anstreben, sollten wir uns hingegen vor allem mit folgenden zwei Begriffen auseinandersetzen:

- **Informationelle Grundversorgung:**
Die Nutzung informationstechnischer Dienste soll für alle Bürgerinnen und Bürger zu erschwinglichen bzw. minimalen Kosten offenstehen. Ein Grundangebot muss in allen Regionen zum gleichen Preis zur Verfügung stehen.
- **Informationelle Selbstbestimmung:**
Jede Aushöhlung von Freiheitsrechten, insbesondere des informationellen Selbstbestimmungsrechts durch technische oder sonstige Massnahmen, muss unterbunden werden. Von Bedeutung ist zudem ein griffiger Datenschutz.

Informationelle Grundversorgung

Das Internet entwickelte sich aus militärischen Netzen der USA, die durch eine dezentrale Struktur möglichst unverwundbar gestaltet wurden. Die Verknüpfung mit weiteren Diensten über ein spezielles Protokoll führte zum weltweit grössten Verbund von Computernetzen mit Ausrichtung auf Forschung und Ausbildung. Unterdessen setzt ein immer stärkerer Trend zur Kommerzialisierung ein, sei es

**Politik muss
sich mit dem
gerechten
Zugang zur
Information
beschäftigen.**

durch Verknüpfung mit kommerziellen Netzen, durch kommerzielle Angebote im Internet oder durch sogenannte Intranets, d.h. von der Öffentlichkeit abgeschirmte Netze. Zudem verstärkt sich der Trend zur Privatisierung der auszubauenden Hochleistungs-Leitungen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie EndnutzerInnen Zugriff auf das Angebot des Internet erhalten. Private Initiativen wie Free-nets, die gemeinschaftlich ein Angebot bereitstellen und den weitgehend unentgeltlichen Zugriff darauf ermöglichen, sind zwar begrüßenswert, können eine gewisse Regulierung auf nationaler und internationaler Ebene aber nicht ersetzen. Telekommunikationspolitik sollte sich also nicht nur mit der Bereitstellung von technischen Infrastrukturen, sondern auch mit dem gerechten Zugang zu den Informationsangeboten auseinandersetzen. Zusätzlich ist in der Ausbildung dafür zu sorgen, dass Schüler und in Zukunft ebenso auch Schülerinnen sich die informationelle Kompetenz zur Nutzung dieser Angebote aneignen können.

Informationelle Selbstbestimmung

Das Medium Internet weckt wie kaum ein anderes Medium Hoffnung auf die Verwirklichung informationeller Selbstbestimmung. Zwar steht uns heute eine Unmenge an gedruckten Zeitungen und Büchern und eine wachsende Zahl an Radio- und Fernsehsendern zur Verfügung. Die theoretisch verfügbare Information ist aber nur teilweise leicht zu erschliessen. Am Ende bestimmt eben doch die Redaktion oder Programmdirektion, welche Themen in der Zeitung oder im Fernsehen erscheinen, die Kabelkommission über die verfügbaren Sender, und auch der interbibliothekarische Leihverkehr kann nicht vollständig darüber hinweghelfen, dass gedruckte Information physisch vorhanden sein muss, bis sie konsultiert werden kann.

Eigene Beiträge beschränken sich oft auf den traditionellen Leserbrief.

Im Internet ist ein assoziatives Suchen möglich, eben das Surfen von einem Stichwort zum anderen. Der Gefahr, sich im Informationsmeer zu verlieren, kann beispielsweise durch die Konsultation von gut geführten Listen von Verbindungen zu interessanten Angeboten und durch Benutzen von Suchverfahren und -diensten vermindert werden. Mit Ausnahme abgeschirmter Bereiche steht das ganze weltweite Internet-Angebot für NutzerInnen zur Verfügung. Es ist also möglich, sich den Informationsmix selber zusammenzustellen und ihn zu einer beliebigen Zeit abzufragen. Während etwa interaktives Fernsehen nur eine scheinbare Beteiligung von NutzerInnen ermöglichen, verschwindet im Internet die traditionelle Aufteilung in professionelle Informationsanbieter sowie KonsumentInnen. Mit einer Nachfrage an Informationsanbieter per E-Mail, einem Beitrag in einem Diskussionsforum oder eigenen Web-Seiten ist eine echte Beteiligung möglich.

Zensur im Internet?

Die fast unkontrollierbare Vielfalt im Internet lockt auch Anbieter an, die pornographische Bilder oder rechtsradikale Propaganda verbreiten. Die Frage, ob solche Angebote zensuriert werden sollen, ist nicht einfach zu beantworten. Es kann argumentiert werden, dass Zensur (auch) im Internet umgangen werden kann und folglich wirkungslos bleibt. Es ist aber auch nicht befriedigend, wenn das Antirassism-Gesetz in einer Volksabstimmung angenommen wird, auf dem Internet aber trotzdem revisionistische Texte angeboten werden können. In der Frage der Strafverfolgung stellt sich die Grundsatzfrage, ob Online-Dienste wie das Fernsehen für die vermittelte Information verantwortlich sind oder wie die Post dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.

In den USA findet zu dieser Frage eine intensive Auseinandersetzung statt. Der von Präsident Clinton unterzeichnete Communications Decency Act bringt nicht nur eine weitere Liberalisierung des Telefonmarktes, sondern macht Online-Anbieter auch für die angebotenen Informationen verantwortlich. In einem Gerichtsentcheid wurde dieses «Zensurgebot» aufgehoben, was die Regierung wiederum zu einer Anfechtung veranlasste. In Deutschland haben die Behörden diese Frage ohne klare Rechtsgrundlage bereits «beantwortet»: Nach einer Untersuchung durch die Münchener Staatsanwaltschaft wegen illegaler Pornographie schritt die deutsche Niederlassung des amerikanischen Online-Anbieters CompuServe zur Selbstzensur und kippte am 27. Dezember 1995 rund 200 Diskussionsforen, in denen auch sexuelle Fragen angesprochen wurden, aus dem Angebot. Betroffen waren unter anderen Online-Treffs von Schwulen und Lesben, Diskussionsforen über Kindesmisshandlung und Beratungsdienste. Dass neben CompuServe auch kleinere und damit stärker beeinflussbare Anbieter und Betreiber von Mailboxen von den bayerischen Behörden heimgesucht wurden, ging in dem Rummel dann schon fast unter. Auch die Zürcher Sittenpolizei hat in ihrer ersten Aktion mehr Geschirr zer schlagen als Probleme gelöst. Unterdes sen hat der Bundesrat vom Parlament den Auftrag erhalten, einen Bericht über Massnahmen gegen Kinderpornographie in internationalen Datennetzen zu erstellen.

Dass illegale Angebote verfolgt werden können, ist – unabhängig vom Medium – klar. Klärungsbedürftig ist aber die Frage, wer für illegale Angebot verantwortlich ist. Für den Betreiber eines Internet-Servers ist es unmöglich, jederzeit das ganze Angebot unter Kontrolle zu haben. Dies entbindet ihn natürlich nicht völlig von seiner Verantwortung. Direkt verantwortlich und damit allenfalls strafbar ist meines Erachtens aber diejenige Person, die

die Information einspeist. Zwar ist eine solche Einspeisung oft schwierig nachzuweisen. Der Widerspruch zwischen globalen Informationsmedien und nationaler Strafgesetzgebung darf aber nicht mit einer oft willkürlichen Zensur begegnet werden, die freie Information – auch politische – schnell zur Fiktion werden lässt.

Datenschutz ist notwendig

Zum informationellen Selbstbestimmungsrecht gehört zweifellos auch der Schutz vor unerwünschter Beobachtung. Datenschutz ist ein Problem erster Güte im Internet. Sämtliche Arbeitsschritte werden nicht nur im eigenen Computer registriert, sondern können bei entsprechender technischer Kenntnis auch im Netz mitverfolgt werden. Im jüngst veröffentlichten 3. Tätigkeitsbericht des eidg. Datenschutzbeauftragten wird kurz zusammengefasst: Ein Anbieter im Internet «kann feststellen, zu welchen Zeiten ein Benutzer im Netz aktiv ist, welche Dienste er nutzt, mit welchen anderen Internet-Benutzern er in Kontakt tritt, sowie welche Informationen er von welchen Servern abrufen. In diesem Zusammenhang ist die Entstehung von Persönlichkeitsprofilen – d.h. Zusammenstellungen von Daten, die eine Beurteilung wesentlicher Aspekte der Persönlichkeit einer natürlicher Person erlauben – möglich.» Das Datenschutzproblem kann durch vorsichtigen Umgang mit eigenen Daten (z.B. beim Ausfüllen eines Internet-Formulars oder beim Versenden von E-Mails) sowie durch technische Massnahmen verringert werden. Verschlüsselungstechniken bieten zwar keinen absoluten Schutz, können aber zumindest die völlig freie Verfügbarkeit von persönlichen Informationen unterbinden. Daneben braucht es auch Datenschutzbestimmungen auf gesetzlicher Ebene. Gerade das Gegenteil davon ist in Deutschland geschehen: Mit dem von CDU, FDP und SPD ausgehandelten Telekommunikationsge-

Datenschutz

**ist ein Problem
im Internet.**

setz (TKG) wird verlangt, dass Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste jederzeit Zugriff auf die Kundendateien von Telekommunikationsdienstleistungen haben sollen. «Das Telekommunikationsgesetz mutiert zum Abhörsgesetz», so lautet der Kommentar von Manuel Kiper, forschungspolitischer Sprecher der deutschen Grünen.

Politikangebote auf dem Internet

Es besteht also Regelungsbedarf für die demokratische Gestaltung der zukünftigen Informationsgesellschaft. Internet bietet sich aber auch als Medium für die Politik an. Zur Illustration einige Funktionen, die Internet-Dienste ausfüllen können:

- Anonymer Zugriff auf politische Information: Der Gang zu einem Amt ist für viele nach wie vor mit Hemmschwellen versehen. Im Internet kann ein breites Informationsangebot zu politischen Fragen anonym abgerufen werden. Während in der Schweiz der Bund und erste Parteien und Organisationen Informationen anbieten, besteht in den USA und der EU ein umfassendes Informationsangebot von Regierungsbehörden, Parlamenten, Parteien, Organisationen und wissenschaftlichen Stellen.
- Unterstützung von politischer Aktion: Interessant ist Internet vor allem dann, wenn seine interaktiven Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Dies geschieht dann, wenn nicht nur informiert wird, sondern NutzerInnen sich mit Fragen oder Diskussionsbeiträgen beteiligen können. So wurde bei der Abstimmung vom 9. Juni 1996 über die «Traversée de la rade» in Genf von Befürwortern und Gegner ein Internet-Dienst mit Diskussionsmöglichkeit eingerichtet. Greenpeace setzte in der Auseinandersetzung um die französischen Atom-

testversuche gezielt Internet ein, um rasch Informationen verbreiten und für die Unterzeichnung von elektronischen Protestbriefen mobilisieren zu können. Damit ergibt sich auch die Möglichkeit, die heute bestehende «Ohnmachtsfalle» zwischen globaler Information und regionaler Einflussmöglichkeit etwas zu reduzieren.

- Kommunikationsmedium für transnationale Akteure: Die Informations- und Kommunikationstechnologien gehören zweifellos zu den Motoren der Globalisierung. Sie sind aber auch unverzichtbar, wenn es darum geht, transnationale politische Strukturen aufzubauen. Für Europäische Parteien beispielsweise sind die Dienste des Internet zu einem zentralen Kommunikationsmedium geworden.

Fazit

Es ist wichtig, dass in der Diskussion über die Informationsgesellschaft der Zukunft nicht nur technische und wirtschaftliche, sondern auch demokratische Aspekte einbezogen werden. Ohne eine akzeptable Grundversorgung für alle, ohne ausreichenden Datenschutz usw. besteht kein Grund zum Optimismus eines Al Gore. Es gilt aber auch, die Chancen des Mediums Internet zu nutzen. Interessant wird es dann, wenn weniger *über* Internet geschrieben, dafür mehr *mit* dem Medium Internet gearbeitet wird. Gerade auch für die politische Kommunikation ist Internet eine Chance, die progressive Organisationen und Parteien nicht verschlafen sollten.

Felix Wirz, Verwaltungswissenschaftler mit Vertiefung in Informationsmanagement und Internationalen Beziehungen, Generalsekretär der Grünen Partei Schweiz.